

Sachdokumentation:

Signatur: DS 595

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/595



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

- Asylpolitik
- Entwicklung der EU**
- Erasmus+
- Filmförderung
- Forschungszusammenarbeit
- Landwirtschaft
- Luftverkehr
- Migration
- Organisation der EU
- Personenfreizügigkeit
- Schengen
- Siedlungsentwicklung
- Techn. Handelshemmnisse
- Verkehrsentwicklung
- Wirtschaftliche Entwicklung

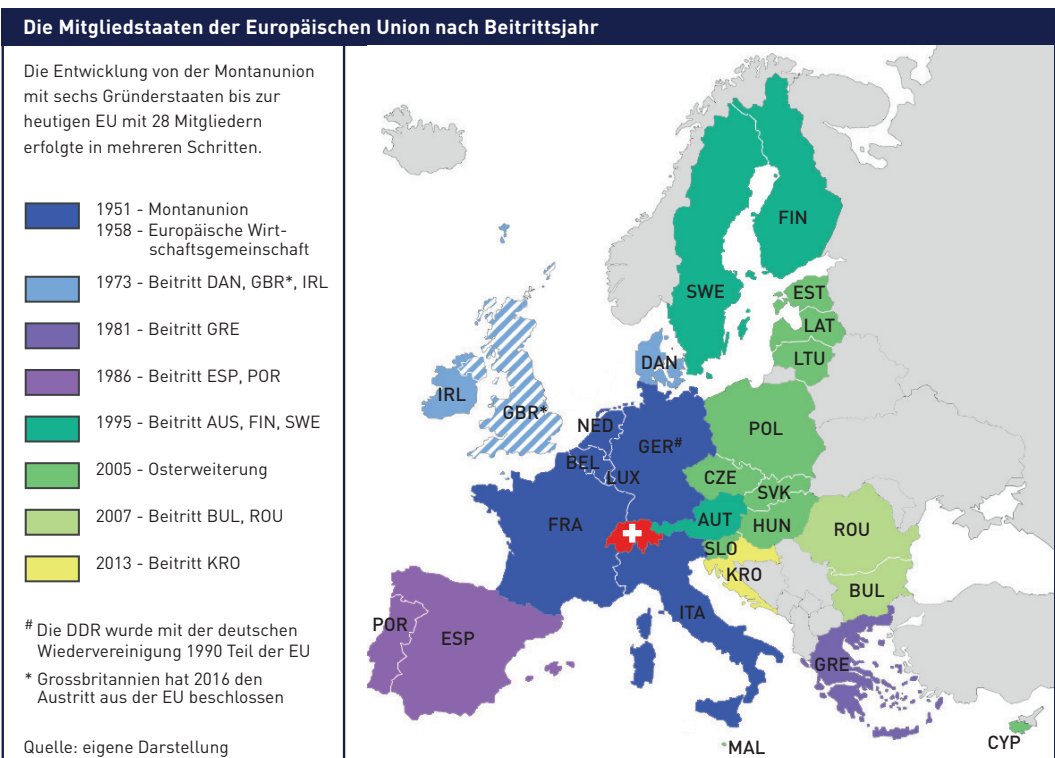
FAKTENBLATT: ENTWICKLUNG DER EU


Die Europäische Union als Fundament für dauerhaften Frieden auf dem Kontinent

Nach zwei schrecklichen Kriegen war Europa 1945 am Boden. Auf der verbrannten Erde ist der Grundstein für die Europäische Union (EU) gelegt worden – als Massnahme zur Sicherung eines dauerhaften Friedens und des Wohlstands. Heute ist die EU eine weltweit einmalige Organisation mit einem breiten Wirkungsfeld. Innerhalb ihrer Grenzen hat es seit der Gründung keine einzige militärische Auseinandersetzung mehr gegeben.

Europa, der «alte Kontinent», hat in den letzten zwei Jahrtausenden kaum eine längere Phase des Friedens erlebt. Die Expansionskriege des römischen Imperiums, die Konflikte während der Völkerwanderungszeit, die Raubzüge der Sarazenen, Wikinger und Ungaren, der Hundertjährige Krieg zwischen England und Frankreich, der Dreissigjährige Krieg, die Napoleonischen Kriege, die beiden Weltkriege – kein Jahrhundert blieb von grossen Auseinandersetzungen verschont, die unendliches Leid verursachten. Nach dem Grauen des Zweiten Weltkriegs wollten die Menschen in Europa nur eines: nie mehr Krieg.

Diverse bekannte Persönlichkeiten aus verschiedenen Ländern, unter anderem Konrad Adenauer und Winston Churchill, teilten die Vision eines vereinten, friedlichen und wirtschaftlich starken Europas. So stiess der französische Aussenminister Robert Schuman auf offene Ohren, als er einen gemeinsamen Markt im Bereich der Kohle- und Stahlindustrie vorschlug. Damit sollten Kriege insbesondere zwischen den beiden historischen Machtpolen Frankreich und Deutschland unmöglich gemacht werden, weil die Länder wirtschaftlich voneinander profitierten und damit kein Interesse mehr hatten, einander zu schaden. In der Folge schlossen sich 1951 Belgien,





Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande zur sogenannten Montanunion zusammen, der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EKGS). Einen zweiten wichtigen Grundstein für die europäische Einigung legten die sechs Länder 1957 mit der Unterzeichnung der «Römer Verträge». Damit wurde die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) gegründet, die sich fortan um die Förderung einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik kümmern sollte. Seither entwickelten die Mitgliedstaaten die gemeinsamen Institutionen stets weiter und passten sie den aktuellen Bedürfnissen an. Ein entscheidender Schritt erfolgte 1992 mit dem Vertrag von Maastricht, der die Basis für die Europäische Union legte und eine fortlaufend engere Zusammenarbeit und politische Integration vorsah. Mit diesem Vertrag wurden unter anderem die Unionsbürgerschaft, eine gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik und sozialpolitische Mindeststandards eingeführt. Vor allem aber bildete der Vertrag die Grundlage für die Einführung einer gemeinsamen Währung.

Ein entscheidender Schritt der europäischen Einigung war der Vertrag von Maastricht, mit dem 1992 die Basis für die Europäische Union gelegt wurde.

Nach der politischen Wende in Osteuropa ist die EU rasant gewachsen. Die Aufnahme zahlreicher wirtschaftlich schwacher Länder aus dem ehemaligen Ostblock führte allerdings dazu, dass Reformen und die Vertiefung der Zusammenarbeit ins Stocken gerieten. Die Entscheidungsfindung wurde schwerfällig. Die bis dahin auf verschiedenen Verträgen beruhende Zusammenarbeit versuchte man deshalb zu vereinheitlichen und zu vereinfachen. Dies wurde mit dem Vertrag von Lissabon erreicht, der 2009 in Kraft trat und bis heute die «Verfassung» der EU bildet. Die geografische Erweiterung kam mit der Aufnahme Kroatiens 2013 vorläufig zum Abschluss. Beitrittsverhandlungen wurden in den letzten Jahren vor allem mit Serbien und Montenegro vorangetrieben, wobei Letzteres deutlich bessere Chancen hat, in absehbarer Zeit der Union beitreten zu können.

Reformen sind unausweichlich

Was einst als rein wirtschaftliche Union zur Verhinderung von Kriegen begonnen hat, ist heute auch eine politische Organisation, die sich mit verschiedensten Themen beschäftigt und in wichtigen Fragen gemeinsame Entscheide fasst (> [Faktenblatt Organisation der EU](#)). Denn durch den verstärkten Handel zwischen den Ländern, aber auch aufgrund der grossen Mobilität innerhalb Europas wurde klar, dass es in vielen Bereichen Sinn macht, gemeinsame Lösungen zu suchen. Gleichzeitig ist es ebenso wichtig, dass die einzelnen Länder eigenständig bleiben können – eine zu starke Zentralisierung ist in der Bevölkerung unerwünscht. Deshalb ist auch die Idee, den Integrationsprozess konsequent weiterzuführen und die «Vereinigten Staaten von Europa» zu schaffen, mittlerweile in den Hintergrund gerückt. 2016 hat mit Grossbritannien erstmals ein Staat beschlossen, der Union den Rücken zu kehren. Dies und die zunehmend EU-kritische Stimmung in verschiedenen Ländern machen deutlich, dass sich die Union reformieren muss.

In welche Richtung sie sich in den nächsten Jahren entwickeln wird, ist derzeit völlig offen. Ungeachtet der zukünftigen Organisationsform bleibt ihr Kernauftrag jedoch bestehen: durch eine enge politische Zusammenarbeit den Wohlstand der Europäerinnen und Europäer zu verbessern und den Frieden innerhalb ihrer Grenzen zu sichern. Als europäischem Binnenland liegt es im ureigensten Interesse der Schweiz, dass das der EU so gut wie möglich gelingt.

Der Alleingang ist keine Lösung!

Mitmachen unter: www.europapolitik.ch